

Zusammenfassung der Wahlprogramme Rheinland-Pfalz

(wichtige Inhalte für die Branche)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Landtagswahl in Rheinland-Pfalz	3
<i>Wahlprogramm der SPD in Rheinland-Pfalz (Regierungsbeteiligung)</i>	<i>3</i>
<i>Wahlprogramm der CDU in Rheinland-Pfalz</i>	<i>6</i>
<i>Wahlprogramm der AfD in Rheinland-Pfalz</i>	<i>7</i>
<i>Wahlprogramm der FDP in Rheinland-Pfalz (Regierungsbeteiligung)</i>	<i>9</i>
<i>Wahlprogramm der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz (Regierungsbeteiligung)</i>	<i>10</i>
<i>Wahlprogramm der Partei DIE LINKE in Rheinland-Pfalz (nicht im Landtag vertreten)</i>	<i>13</i>

Einleitung

Die Arbeitsgemeinschaft Rohholz e.V. setzt sich bundesweit für den Erhalt und die Verbesserung der Rohstoffbasis der Unternehmen ein, die auf Holz als zentralen Rohstoff angewiesen sind. Viele dieser rohstoffpolitischen Entscheidungen werden auf Landesebene getroffen: Maßnahmen zur Forstpolitik, Naturschutz, Baurecht und auch in der Bildungspolitik wirken sich auf die eine oder andere Weise auf die Rohstoffversorgung der Industrie aus. Gleichzeitig sind die landeseigenen Forstbetriebe oft der wichtigste Rohstofflieferant für viele Betriebe im Land. Deshalb hat die Landespolitik so eine zentrale Bedeutung.

Speziell angesichts der großen Waldschäden und der vielerorts anstehenden Bemühungen zur Wiederbewaldung werden die landespolitischen Entscheidungen der nächsten Zeit über Jahre das Rohstoffangebot der Zukunft prägen. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe wird besonders für das Erreichen der Ziele zum Klimaschutz eine entscheidende Bedeutung haben. Dies muss aber mit einer entsprechenden Rohstoffpolitik Hand in Hand gehen.

Die Arbeitsgemeinschaft Rohholz e.V. untersucht und kommentiert deshalb die Programme der Parteien auf Landesebene im Wahljahr 2021 vor allem in Hinblick auf die Themenfelder Forst- und Holzwirtschaft.

Dies soll keineswegs eine Wahlempfehlung bedeuten, sondern einerseits interessierten Lesern die Möglichkeit geben, die Parteiprogramme entsprechend zu bewerten und andererseits im besten Fall den Parteien selbst die Option eröffnen, ihre eigenen Positionen bezüglich einer kohärenten Rohstoffpolitik zu prüfen. Die Reihenfolge der dargestellten Parteipositionen entspricht dem Wahlergebnis der vergangenen Landtagswahl 2016.

Für einen Dialog zu rohstoffpolitischen Fragen steht die AGR selbstverständlich gerne zur Verfügung.



Leonhard Nossol
Präsident der Arbeitsgemeinschaft Rohholz e.V.

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

(14. März 2021)

Wahlprogramm der **SPD** in Rheinland-Pfalz (*Regierungsbeteiligung*)

Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz

Die SPD identifiziert Rheinland-Pfalz als **erfolgreichen Wirtschaftsstandort** (vgl. S.63). Dabei bezeichnet sie den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung für ein wirtschaftlich erfolgreiches und innovatives Bundesland. Unternehmen sollen laut SPD dabei unterstützt werden, **ökonomischen** Erfolg mit **ökologischer** und **gesellschaftlicher** Verantwortung zu verbinden. Besonderer Fokus liegt dabei auf der Nachhaltigkeit (vgl. S.64).

Umweltschutz für eine lebenswerte Zukunft

Die Sozialdemokraten treten für einen **flächendeckenden Umwelt- und Naturschutz** ein, der unterschiedliche Interessen berücksichtigt. Dabei soll die Biodiversität erhalten bleiben und **Begrünungskonzepte** weiter ausgebaut werden (vgl. S.84f.). Um diesen Erhalt zu gewährleisten, setzt die Partei auf die Vernetzung von Lebensräumen. **Biotopverbundsysteme** sollen den natürlichen Lebensraum verschiedener Tiere erweitern und natürliche Wanderungsbewegungen zulassen (vgl. S.85). Den Nationalpark Hunsrück und das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen will die Partei in Zukunft unterstützen (vgl. S.86).

Angepasste (Schalen-)Wildbestände sehen die Sozialdemokraten als Voraussetzung für gesunde und artenreiche Wälder. Laut Partei profitieren gerade auf Schadflächen (Borkenkäferbefall) die Naturverjüngung und Pflanzungen von einer verantwortungsvollen Jagd (vgl. S.87).

Allerdings soll der Natur- und Umweltschutz nach sozialdemokratischer Auffassung umfassend erfolgen. Darunter versteht die Partei unter anderem die ökologische Stärkung der bereits bestehenden **Schutzgebiete**. Als Instrument dafür soll der Vertragsnaturschutz dienen. In diesem Zusammenhang muss laut Partei in Zukunft auch das notwendige Personal zur Verfügung stehen (vgl. S.85). So auch in Bezug auf die Betreuung des Privatwaldes aufgrund der Waldschäden (vgl. S.87).

Energie und Wald

Auch die SPD sieht – wie viele anderen Parteien – den Klimaschutz als größte Herausforderung unserer Zeit. Als eines der ersten Bundesländer strebt die SPD in Rheinland-Pfalz bis **2040 eine vollständige Klimaneutralität** an. Dabei soll der Energiebedarf zu 100% durch erneuerbare Energien (vorrangig aus der Region) gedeckt werden (vgl. S. 79f.). In einer wirksamen Klimapolitik sehen die Sozialdemokraten nicht nur eine ökologische Verantwortung, sondern auch **wirtschaftliche Chancen** (vgl. S.80). Umweltfreundliche Energie soll dabei mit dem Landschafts- und Naturschutz in Einklang gebracht werden. Die Partei möchte in der nächsten Legislaturperiode das **Landesklimaschutzkonzept weiterentwickeln** und die Landesziele verbindlich festlegen. Außerdem sollen

Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass der **Ausbau von Windenergie** stattfinden kann und **neue Standorte** in Betracht kommen, damit die Potenziale der Windenergie genutzt werden können (vgl. S.81). Dabei stehen Windenergie und Wald für die Partei nicht im Widerspruch. Dort wo klimabedingte Holzbestände auf **Waldflächen zurückgehen**, will die Partei in Zukunft **Windenergie** nutzen (vgl. S.88).

Obwohl die Sozialdemokraten der **stofflichen Verwertung** von Holz einen Vorrang einräumen, spricht sich die Partei für eine Holznutzung im Wärmebereich mit modernen, emissionsarmen Öfen aus. Im Rahmen der Kaskadennutzung und des vermehrten Aufkommens von Durchforstungshölzern wird eine Substitution von fossilen Brennstoffen durch klimaneutrales Holz als erstrebenswert erachtet (vgl. S.88).

Nutzung und Bewirtschaftung des Waldes

Der Staatsforst soll im Bundesland weiterhin nach **hohen Standards** bewirtschaftet werden. Außerdem strebt die Partei einen Anteil der **Prozessschutzflächen im Staatsforst** von zehn Prozent weiterhin an.

Laut dem Programm der Sozialdemokraten soll die Waldbewirtschaftung **naturgemäß** verlaufen. Dabei hat die **natürliche Verjüngung** stets Vorrang und sollte nur partiell durch standortgeeignete Pflanzungen ergänzt werden. Die SPD tritt dafür ein, Waldbesitzer, welche die zertifizierte Waldbewirtschaftung betreiben, für die gesellschaftliche Leistung in Form einer **Waldprämie** zu unterstützen. Mit dieser Prämie und der Einrichtung eines sogenannten **Waldklimafonds** will die Partei den **Systemwandel** hin zu einer nachhaltigen Forstwirtschaft einleiten und den kommunalen und privaten Forstbetrieben eine Perspektive in Bezug auf den Klimawandel geben. Um die Waldfunktionen im Staatswald aufrecht zu erhalten legt die SPD Wert darauf, die Leistungsfähigkeit des Landesbetriebes Landesforsten zu erhalten (vgl. S.87).

Holz und Holzvermarktung

Holz soll als nachwachsender und ökologischer Rohstoff erhalten werden. Die SPD sieht in dem Rohstoff Holz einen wichtigen Grundpfeiler für die **regionale Wertschöpfung** in den ländlichen Regionen des Bundeslandes (vgl. S.87). Besonders in Hinblick auf den Holzbau ist der **Erhalt von Nadelholz** in unseren Wäldern aus wirtschaftlichen Gründen für die Sozialdemokraten sehr wichtig. Zusätzlich soll der Einsatz von **Laubholz im Bau** und bei der **Verarbeitung** gestärkt werden (vgl. S.88). Die Partei befindet die **Neustrukturierung** der Holzvermarktung durch das Kartellamt als erfolgreich und will weiterhin am Gesamtkonzept zur Neuausrichtung der Holzvermarktung festhalten sowie deren Umsetzung auch künftig unterstützen. Um die eigenständige Holzvermarktung von waldbesitzenden Kommunen zu fördern, will die SPD weitere **Fördermittel** bereitstellen (vgl. S87).

Waldforschung und Digitalisierung

Die Sozialdemokraten wollen die Forschung in Hinblick auf **klimastabilere Baumarten**, geeignetes **Saatgut** und neue Forschungsarbeiten in Bezug auf die **effizientere Holznutzung** forcieren. Weiterhin misst die Partei der **Digitalisierung** der Branche eine wichtige Rolle zu und identifiziert sie als Voraussetzung, um regionale Holzwirtschaft anschlussfähig zu halten. Unterstützungen durch Fördermittelprogramme sollen den notwendigen Einstieg in die sogenannte „Forstwirtschaft 4.0“ ermöglichen (vgl. S.88).

Schienen- und Wasserwege ausbauen

Für die SPD muss die moderne Verkehrswelt nachhaltig und rohstoffarm sein (vgl. S.96). Um für eine moderne Infrastruktur zu sorgen, gilt es für die Partei nicht nur die **Straßen** gut auszubauen (Sonderprogramm für Landesstraßen), sondern eben auch Wasser- und Schienenwege zu (re)aktivieren und zu erweitern (vgl. S.99f.).

Rheinland-Pfalz verfügt über wichtige **Wasserstraßen**, Binnenhäfen sowie Umschlagstellen und damit über gute Bedingungen für den Transport von Gütern auf dem Wasser (vgl. S.100). Wichtig für die Sozialdemokraten ist es darüber hinaus, die **Schiene** als leistungsfähigen und umweltfreundlichen Verkehrsträger für den Güterverkehr zu stärken. Dabei geht es vor allem um die **Modernisierung, Reaktivierung und Elektrifizierung** der Schieneninfrastruktur (vgl. S.101).

Link zum Wahlprogramm:

https://www.spd-rlp.de/wp-content/uploads/2021/02/SPDrlp_WirMitlhr_Regierungsprogramm_2021-2026.pdf

Kommentar der AGR:

- Der Vertragsnaturschutz ist auf vielen Flächen sicherlich ein begrüßenswertes Instrument, im Wald darf er aber nicht in Konkurrenz mit der Bewirtschaftung treten, sonst wirkt sich das System wie eine Nichtnutzungsprämie aus.
- Die AGR befürwortet die energetische Holznutzung in einer entsprechenden Nutzungskaskade, nachgeordnet zur stofflichen Nutzung. Im Einzelfall kommt es da auf die politischen Instrumente an. Übertriebene regulierende Einschränkungen wären in diesem Fall kontraproduktiv.
- Pauschale Prozentsätze von unter Naturschutz zu stellender Fläche stellen eine zu grobe Vereinfachung dar. Es müssen gerade im Wald zielgerichtet Maßnahmen gefördert werden, die wirtschaftliche Nutzung und Naturschutz zusammen denken.
- Es ist zwar übertrieben, von einem „notwendigen Systemwandel zur nachhaltigen Forstwirtschaft“ in Rheinland-Pfalz zu sprechen, die Idee, kommunalem und privatem Waldbesitz mit einer Prämie zu helfen, die Investitionen für den Klimawandel zu stemmen, ist aber gut und richtig.
- Den Landesforstbetrieb auch als wirtschaftlich leistungsfähig zu erhalten, ist wichtig: Er ist für die Rundholzversorgung im Land eine entscheidende Größe.
- Die Doppelstrategie aus Erhalt eines Nadelholzanteils und gezielter Stärkung der Laubholzverwendungen ist aus Sicht der AGR sinnvoll.
- Die Stärkung der Forschung zur Forstpflanzenzüchtung ist eine wichtige Ergänzung zur Förderung der Anpassungsfähigkeit des Waldes an den Klimawandel. Hier ist vor allem ein langfristiges Engagement notwendig.
- Eine ganzheitliche Investition in die für die Logistik notwendige Infrastruktur von Straßen und Schienen ist aus Sicht der AGR ein guter Ansatz.

Wahlprogramm der **CDU** in Rheinland-Pfalz

Kooperation und Austausch für das Klima und den Wald

Die CDU steht in Rheinland-Pfalz für eine wechselseitige Rücksichtnahme von wirtschaftlichen und umweltpolitischen Entscheidungen. Mit der Errichtung eines „**Umweltpakts für Rheinland-Pfalz**“ will sie den Startschuss für einen **regelmäßigen Austausch** zwischen relevanten Akteuren liefern. Gerade mit Blick auf die Wälder sei es notwendig, dass frühzeitig Baumarten in die Mischwälder eingebracht werden, die auch mit veränderten Bedingungen zurechtkommen (vgl. S.65). Des Weiteren stellt für sie der Schutz von Umwelt und Klima eine **Daueraufgabe** dar. Eine Wegwerfgesellschaft soll dauerhaft der Vergangenheit angehören (vgl. S.67). Außerdem setzt sich die CDU für **kooperative Lösungen** im Umwelt- und Naturschutz ein, denn nur durch aktive Einbindung von Akteuren – wie Waldbesitzern – können natürliche Lebensgrundlagen langfristig erhalten bleiben (vgl. S.72).

Biotope ausweiten

Im Rahmen des Bundesprogramms Wiedervernetzung sollen in Rheinland-Pfalz noch **bestehende Lücken** im Biotopverbund **geschlossen** werden.

Erneuerbare Energien

Für die CDU ist die **Bioenergie** ein aussichtsreiches und innovatives Zukunftsfeld und bietet der Land- und Forstwirtschaft die Möglichkeit, weitere Standbeine zu schaffen. Um eine Konkurrenz mit der Nahrungs- und Energieerzeugung zu vermeiden, will sie die Entwicklung der Biokraftstoffe der zweiten Generation aus Reststoffen vorantreiben (vgl. S.69).

Land- und Forstwirtschaft als wichtiger Bestandteil der Klimapolitik

Die Partei möchte die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft in ihrer Existenz und Entwicklung unterstützen (vgl. S.72) und sie in der deutschen Klimapolitik verankern sowie deren Potenziale für den Klimaschutz nutzen (vgl. S.76). Sie identifizieren diese Betriebe als notwendig für die **Funktionsfähigkeit** der ländlichen Räume. Ohne Waldbauern wäre der Erhalt der **Biodiversität** laut Partei gefährdet (vgl. S.72).

Die CDU möchte die Land- und Forstwirtschaft außerdem unterstützen, weil sie die einzigen Wirtschaftsbereiche sind, die im Rahmen ihrer Produktion Kohlenstoff fixieren und Sauerstoff freisetzen. Insbesondere Wälder spielen für die Partei im Kohlenstoffkreislauf eine bedeutende Rolle.

Nachhaltige Waldnutzung

Insgesamt erkennt die CDU die wichtige Bedeutung des Waldes in Rheinland-Pfalz an. Schließlich gibt es über 2.000 kommunale Forstbetriebe und rund 300.000 Waldbesitzer im Bundesland. Sie setzt sich in Rheinland-Pfalz dafür ein, das **gesamte Potenzial** einer nachhaltigen Waldnutzung zu erschließen (vgl. S. 73).

Für eine CDU geführte Landesregierung soll die **stoffliche Verwertung** des Rohstoffes Holz grundsätzlich im Vordergrund stehen. So nutzt laut Partei jeder genutzte Kubikmeter Holz eine

volkswirtschaftliche Wertschöpfung von mehr als 3.000 Euro aus. Verbunden sind damit etwa 50.000 Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum. Insbesondere bei Wäldern im Privatbesitz verhindern kleinparzellierte Strukturen aber oft die wirtschaftliche Nutzung des Waldes. Deshalb tritt die CDU für eine **Verbesserung der Strukturen** ein, damit die Nutzung auch dieser Flächen möglich wird. Forstbetriebsgemeinschaften und überbetriebliche Waldbewirtschaftung sind dafür besonders geeignet und müssen daher gefördert werden. Unter der Berücksichtigung der Eigentümerinteressen will die CDU das Erholungs- und Erlebnispotenzial der Wälder behutsam in den Dienst einer sanften, naturnahen Erholung für die Bevölkerung in den Ballungsräumen innerhalb und jenseits der Landesgrenzen stellen. (vgl. S.73).

Neben der Energiegewinnung sieht die CDU bei der Verwendung von **Holz als Baumaterial** wesentliche wirtschaftliche Reserven für die heimische Holzverarbeitende Industrie (vgl. ebd.). Insgesamt wollen die Christdemokraten die **Wettbewerbsfähigkeit** der landwirtschaftlichen Betriebe nachhaltig stärken (vgl. S.76).

Link zum Wahlprogramm:

<https://www.cdurlp.de/sites/www.cdu-rlp.de/files/docs/zukunftsprogramm2011.pdf>

Kommentar der AGR:

- Im Themenfeld Bioenergie ist es wichtig, neben der potenziellen Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung auch die mögliche Konkurrenz zwischen stofflicher und energetischer Nutzung zu beachten.
- Die Unterstützung der Forstbetriebe ist sicherlich wichtig, aus Sicht der AGR könnten da durchaus auch konkretere Vorschläge wie Flächenprämien beim Namen genannt werden.
- Die Kohlenstoff-Bindungsfunktion der Wälder muss immer auch im Zusammenhang mit der Waldbewirtschaftung und der Holznutzung betrachtet werden.
- Die Erschließung des gesamten Potenzials der nachhaltigen Waldwirtschaft stellt einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz dar.
- Die Professionalisierung forstlicher Zusammenschlüsse ist ein wichtiges Element zur Verbesserung der Rohstoffmobilisierung.
- Die Absicht, Holz als Baumaterial zu stärken, könnte konkreter ausformuliert werden, etwa der Anpassung der Landesbauordnung.

Wahlprogramm der **AfD** in Rheinland-Pfalz

Klimawandel und Klimaschutz

Die AfD in Rheinland-Pfalz beschreibt den Klimawandel als hochkomplexes Phänomen, mit natürlichen und menschlichen Ursachen. Sie setzen auf aktive und umfassende Umwelt- und Naturschutzorganisation vor Ort, weisen aber im gleichen Zuge darauf hin, dass Umwelt- und Klimapolitik zunächst im Ausland erfolgen sollte, da Deutschland im weltweiten Vergleich nur einen geringen Anteil an CO₂ ausstößt. Sie sind außerdem gegen eine Ausrufung des Klimanotstandes. Die Partei ist für die Einführung von Maßnahmen wie zum Beispiel die „1001-Bäume“-Anträge, die bereits auf kommunaler Ebene gestellt wurden (vgl. S.85).

Kulturlandschaft Wald

Für die AfD ist eine Rückkehr zu urwaldähnlichen Zuständen nicht sinnvoll. Sie tritt dafür ein, Funktionen des Waldes zu unterstützen, ohne die forstwirtschaftliche Nutzung auszuschließen (vgl. S.86). Die Partei setzt auf „[...] *einen an die absehbaren klimatischen Veränderungen angepassten Waldbau zur Produktion von Strukturholz, Brennholz sowie von Nebenprodukten wie Beeren und Pilzen.*“ (S.87). Die Wahl von klimaverträglichen, stabilen und **ertragreichen Baumarten** identifiziert die Partei als wichtig.

Das angefallene **Schadholz** der letzten Jahre sollte laut Partei unverzüglich aus dem Wald abtransportiert werden. Die Schadflächen sollten im Anschluss mittels gut durchdachter Aufforstungsprogramme wiederhergestellt werden. Dabei sollten **Misch- anstatt Monokulturen** bevorzugt werden. Berücksichtigt werden sollte in der Waldpolitik auch die **Ökosystemleistung** der Wälder. Regionale Baumschulen und regionales Saatgut sollte laut AfD bei der Bepflanzung bevorzugt eingesetzt werden (vgl. S.87f.).

Verkehrsinfrastruktur

Die AfD setzt sich für einen **effektiven ÖPNV und Fernverkehr** ein. Den **Güterverkehr** will die Partei auf die Schiene und die Wasserstraßen lenken (vgl. S.145). Dabei wollen sie die **Elektrifizierung** des Schienennetzes ausbauen (vgl. S.150).

Link zum Wahlprogramm: https://cdn.afd.tools/sites/110/2020/12/09121908/AfD-RLP_Wahlprogramm_2021_2.1-ansicht.pdf

Kommentar der AGR:

- Die AGR stimmt zu, dass das Streben nach urwaldähnlichen Zuständen in den Wäldern in Deutschland nicht zielführend ist und im Widerspruch mit Holznutzung sowie Artenschutz steht.
- Eine zukunftsorientierte, bedarfsgerechte Anpassung der Wälder an die Holznutzung halten wir für sinnvoll (wir haben aber keine Idee, wie das für Beeren und Pilze funktionieren soll).
- Ein zügiger Abtransport des verbliebenen Schadholzes und eine planvolle Wiederaufforstung hin zu klimastabilen Mischwäldern sind richtige Ansätze einer zukunftsorientierten Wald- und Holzpolitik.
- Eine Stärkung des Schienenverkehrs unterstützt die AGR, mahnt aber die systemrelevante Straßen- und Waldwegeinfrastruktur nicht zu vernachlässigen.

Wahlprogramm der **FDP** in Rheinland-Pfalz (Regierungsbeteiligung)

Verkehrsinfrastruktur

Die Freien Demokraten wollen das **Schiennetz ausbauen** und ausreichende Kapazitäten für den Güterverkehr auf der Schiene schaffen. Außerdem erachten sie eine Ausweitung des Positiv-Netzes für Lang-LKW in Hinblick auf die Effizienz als sinnvoll (vgl.S.32f.).

Rheinland-Pfalz als Waldland erhalten

Die FDP identifiziert den Wald als wichtigen Verbündeten in Hinblick auf die Bewältigung des Klimawandels. Wichtig ist für ein funktionierendes Ökosystem eine intakte und leistungsfähige Forstwirtschaft. So macht die Partei die vielfältige Wald- und Forststruktur als bedeutsame Stütze des **Tourismus** im Land aus und misst dem Wald eine wichtige Rolle als Naherholungsgebiet zu. Insgesamt bezeichnet die Partei den Erhalt des Waldes als eine der wichtigsten **Zukunftsaufgaben**. Durch eine angemessene und zielgerichtete **Förderung des Waldumbaus** und der Aufforstungsprogramme will die Partei Forstwirte finanziell unterstützen. Ein vereinfachtes und niedrigschwelliges Antragsverfahren sei dafür laut Partei notwendig. Die Gegenfinanzierung etwaiger Mehrausgaben kann über ein **Waldfonds** erfolgen (vgl. S.61).

Die Partei setzt sich außerdem für die Einführung einer **Wald-Klima-Prämie** ein. Näheres gibt die FDP allerdings nicht dazu an. Der Erfolg notwendiger Aufforstungen kann laut Partei durch eine effektive **Kontrolle der Wildpopulation** (Jagdrecht) verbessert werden (vgl. 61f.). Sie sehen die Jagd als Garant für nachhaltigen Arten- und Naturschutz, der die Balance der Ökosysteme unterstützt (vgl. S.62f.).

Forstwirtschaft unterstützen

Die Freien Demokraten setzen sich für eine multifunktionale Forstwirtschaft ein, die durch **naturnahe Bewirtschaftungsformen** ordnungsgemäß und nachhaltig ist. Sie unterstützen das Nachpflanzen von Bäumen, die mit anderen klimatischen Bedingungen besser zurechtkommen.

Die Partei identifiziert die **Holzvermarktung** als zentral. Um den Holzverkauf nach der notwendigen Neustrukturierung der Holzvermarktung weiterhin effektiv und für alle gewinnbringend zu organisieren, muss der **Wandel des Vermarktungswesen** weiter voranschreiten. Die waldbesitzenden Kommunen sollen bei diesem Wandel unterstützt werden (vgl. S.62).

Link zum Wahlprogramm: <https://www.fdp-rlp.de/content/wahlprogramm-der-freien-demokraten-rheinland-pfalz-zur-landtagswahl-2021>

Kommentar der AGR:

- Eine Stärkung des Schienenverkehrs unterstützt die AGR, mahnt aber die systemrelevante Straßen- und Waldwegeinfrastruktur nicht zu vernachlässigen. Eine Stärkung des Langholztransports sehen wir als wichtig an.
- Die Forstwirtschaft sieht die AGR wirtschaftlich gesehen zunächst unerlässlich als Garanten für eine zuverlässige Rohstoffversorgung und erst nachgeordnet als

entscheidend für Naherholung und Tourismus im Wald. Eine akzentuierte Betrachtung wäre hier zielführend.

- Die AGR unterstützt ausdrücklich die Absicht einer zielgerichteten finanziellen Förderung des Waldumbaus und der Wiederaufforstung. Ein unbürokratisches System ist dabei von großer Wichtigkeit.
- Die völlig richtige notwendige stärkere Kontrolle der Wildbestände zum Gelingen der Aufforstung steht evtl. im Widerspruch zur jüngsten Positionierung der Bundespartei in dieser Frage...

Wahlprogramm der **GRÜNEN** in Rheinland-Pfalz (Regierungsbeteiligung)

Klimaschutz voranstellen

Die Grünen in Rheinland-Pfalz machen in ihrem Wahlprogramm deutlich, dass sie den Klimaschutz bei allen Entscheidungen voranstellen wollen. In Zusammenhang dazu wollen sie erneuerbare Energien konsequent ausbauen und bis 2030 die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie naturverträglich verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung mindestens verdreifachen. Auch Investitionen in grünen Wasserstoff sind geplant. Sie streben bis **2035 eine klimaneutrale Gesellschaft** an. Des Weiteren setzen sich die Grünen dafür ein, Klimaschutz und Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel zu definieren und das Landesklimaschutzgesetz weiterzuentwickeln.

Ökologisches Gleichgewicht bewahren

Ziel der Grünen ist eine **ökologische und waldfreundliche Jagd**, welche die Aspekte des Tierwohls verstärkt berücksichtigt. Dabei geht es auch um die notwendige Anpassung der Reh- und Rotwildbestände an die ökologische Tragfähigkeit der bereits geschädigten Wälder. Laut Grünen werden obligatorische und wiederkehrende Vegetations- und Populationsgutachten für Reviere benötigt, um die Vorgaben und Abschussregelungen an die tatsächliche Situation anzupassen. In diesem Zusammenhang wollen die Grünen die Anlage von Wildäsungsflächen, Wildruhezonen sowie Verbisschutz im Forst verstärkt fördern. Laut Einschätzung der Partei kann **naturnahe Waldbewirtschaftung** durch **Naturverjüngung** gelingen und eine gesunde Wildpopulation erreicht werden. So soll das Jagdrecht im Dialog mit wichtigen Akteuren überarbeitet werden.

Insgesamt wollen die Grünen das **ökologische Gleichgewicht bewahren** und dem Artensterben entgegenwirken. Denn laut Partei ist dieses Gleichgewicht aus dem Lot geraten, wozu weltweit auch die verstärkte Bewirtschaftung von Fläche beiträgt.

Nachhaltiger und naturnaher Wald(umbau)

Die Grünen identifizieren den Wald einerseits als Lebens-, Schutz-, und Naherholungsgebiet. Andererseits stellt er für sie auch einen **wichtigen Wirtschaftsfaktor** mit rund 50.000 Mitarbeiter*innen dar und nimmt ca. 42% der Landesfläche im Bundesland ein. Auch erkennen sie, dass die Wälder massiv unter der verschärften Klimakrise leiden. Ebenfalls führt der Borkenkäfer dazu, dass die Wälder und Forstbetriebe massiv in Bedrängnis geraten.

Besondere Beachtung findet die Kohlenstoff-Speicherfähigkeit des Holzes und das Ersetzen fossiler Rohstoffe im Wahlprogramm. Die Grünen wollen den nachhaltigen Waldumbau hin zu

einem **klimaangepassten** und **naturnahen Mischwald** konsequent verfolgen. Schließlich sollen auch in Zukunft Einnahmen aus der Holznutzung erzielt werden. Dazu wollen sie in den Wäldern die Naturverjüngung, immer mit Blick auf das ökologische Gleichgewicht, vorantreiben. Vor allem **heimische, belastbare Baumarten** sollen den naturnahen Waldumbau ergänzen und die Artenvielfalt im Wald bereichern.

Um die Herausforderungen der Waldwirtschaft zu meistern, setzen die Grünen vor allem auf den Landesbetrieb Landesforsten. Schließlich tragen die Forstleute laut Partei dazu bei, die ökologischen Systemleistungen des Waldes zu erhalten. Ebenfalls will die Partei die Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft ausbauen.

Ergänzend wollen die Grünen **geschädigte Waldflächen** nutzen, um den Ausbau erneuerbarer Energien weiter voranzutreiben. Die Nutzung der **Windenergie** soll auf solchen Flächen in Wirtschaftswäldern naturverträglich ausgebaut werden.

Biotope, Schutzgebiete und Wildnisflächen ausbauen und fördern

Die erfolgreichen Programme des Natur- und Gewässerschutzes „Aktion Grün und Aktion Blau Plus“ wollen die Grünen zu einem **flächendeckenden Biotopverbund** ausweiten. Des Weiteren soll die Biodiversitätsstrategie des Landes weiterentwickelt werden. Der Nationalpark Hunsrück-Hochwald soll ausgeweitet und benachbarte Schutzgebiete miteinander verbunden werden. So soll ein Beitrag zur überregionalen Biotopvernetzung geleistet werden.

Alle Wälder in Rheinland-Pfalz sollen laut Wahlprogramm der Grünen mit dem **FSC-Siegel** zertifiziert werden. Um dies zu bewerkstelligen, wollen sie die kommunalen und privaten Forstbetriebe besonders unterstützen. Außerdem tritt die Partei für die Umsetzung des **Biotop-Altbaum-Totholz-Konzepts** in kommunalen und privaten Wäldern ein. Laut Grünen muss sich die Bewirtschaftungsweise des Waldes generell verändern. Ein **Paradigmenwechsel** – weg von reinen Holzplantagen hin zu Klima- und Zukunftswäldern. Das bisherige Forstsystem kommt laut Partei aufgrund der anhaltenden Klimaerhitzung schließlich an ihre Leistungsgrenze.

Auf landeseigenen Flächen sind aktuell fast 10% der Wälder zu **Wildnisflächen** erklärt worden. Die Grünen wollen das nationale Wildnisziel von fünf Prozent der Gesamtwaldfläche von Rheinland-Pfalz deutlich übertreffen. Als wertvolle Partner sieht die Partei neben den Landesforsten vor allem die **Kommunen** für den Bereich der kommunalen Wälder. Mit zusätzlichen Gebieten im Landeswald wollen die Grünen mittelfristig 10% der Gesamtwaldfläche dauerhaft in Wildnisflächen überführen. Darüber hinaus setzen sich die Grünen dafür ein, die Natura 2000-Schutzgebiete weiterzuentwickeln. Damit einhergehen soll außerdem die Aufwertung der zahlreichen Naturschutzgebiete, indem flächendeckende, **ökologische Landbewirtschaftung** in diesen Gebieten angestrebt und unterstützt werden. Gemeinsam mit allen Akteur*innen wollen die Grünen den **Nationalpark** Hunsrück-Hochwald, das Biosphärenreservat Pfälzerwald und die Naturparks im Land stärken. Die Naturparks sollen dabei unter einem gemeinsamen Dach stärker sichtbar und bei der Regionalentwicklung und dem Klimaschutz stärker eingebunden werden.

Gesellschaftliche Leistungen der Wälder honorieren

Aus den vorher genannten Gründen wollen sie deshalb die Wälder und Forstreviere von dem ökonomischen Druck entlasten und die **umfangreichen gesellschaftlichen Leistungen der**

Wälder honorieren. Dafür wollen sie den **Klimawald 2100** etablieren – wissenschaftlich begleitet von der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft, dem Landesamt für Umwelt und den Hochschulen – um Zukunftswälder zu erforschen und natur- und klimaangepasste Arten der Bewirtschaftung wissenschaftlich zu erproben.

Klimaaspekte im Verkehrswesen berücksichtigen

Gehölz- und Grünstreifen entlang von Straßen und Wegen wollen sie naturnah gestalten. Das Schienennetz wollen die Grünen sowohl für den Personen- als auch für den **Güterverkehr** ausbauen.

Klimaschonendes Bauen mit Holz

Die Partei spricht sich in ihrem Wahlprogramm dafür aus, das **Bauen mit Holz** weiter zu fördern. Insbesondere die Nutzung von **Laubholz** soll steigen, indem das Holzcluster ausgebaut wird. Deshalb unterstützen die Grünen die Umstellung darauf und neue innovative Methoden der Verarbeitung. Dabei sollen die Sägewerke, die Produktion und das Handwerk im Fokus stehen. Der nachhaltige Rohstoff Holz soll außerdem zukünftig stärker eingesetzt und in öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt werden. Dies soll besonders bei langlebigen Produkten und Projekten (serielles Bauen, Gebäudeaufstockungen) geschehen.

Mit einer **landesweiten Holzbaustrategie** will die Partei das nachhaltige Bauen mit Holz weiterhin stärken und möglichst zertifizierte, regionale Holzprodukte in öffentlichen Baumaßnahmen bevorzugen. Die Nachhaltigkeit soll verpflichtend für sämtliche Bautätigkeiten in Rheinland-Pfalz werden (Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen).

Link zum Wahlprogramm:

<https://gruene-rlp.de/partei/landtagswahl-2021/unser-landtagswahl-programm-ltw2021/#header>

Kommentar der AGR:

- Im Parteiprogramm der Grünen zeigen sich deutliche Inkonsistenzen: Einerseits möchte man alles unter den Primat des Klimaschutzes stellen, beschreibt die ökonomische Bedeutung des Clusters Forst&Holz und möchte den Holzbau stärken, um dann im Bereich der Forstpolitik zahlreiche Vorhaben aufzuführen, die das Potenzial haben, das Rohstoffaufkommen aus den rheinland-pfälzischen Wäldern deutlich zu reduzieren. Hierzu zielt die flächendeckende FSC Zertifizierung (höhere Rückegassenabstände und „Vergleichsflächen“ mit Nutzungsverbot), das Herunterfahren der Nutzung kommunaler Wälder zur Ausweisung von „Wildnisgebieten“ und die Ausweitung von Nationalparks. Das passt aus Sicht der AGR nicht zusammen. Wer den Klimaschutz ernst nimmt, sollte auch vor jeder den Wald betreffenden Maßnahme ausrechnen, wie sich diese auf den Klimaschutz auswirkt. Vor diesem Hintergrund sollten weite Teile des forstpolitischen Programms der Grünen eine neue Bewertung erfahren.
- Gleichzeitig finden sich auch sinnvolle Ansätze, wie das Biotop-Altbaum-Totholz-Konzept, das in einer zielgerichteten Anwendung die Biodiversität im Wald stärken kann, ohne die grundsätzliche Nutzung zu beeinflussen.
- Wer den Wald in Rheinland-Pfalz als Holzplantage bezeichnet, war noch nie auf einer echten Holzplantage. Der Waldumbau zu strukturreichen Mischwäldern läuft auch in

RLP seit Jahrzehnten, braucht aber viel Zeit, die man dem Wald auch geben muss.
Die Holznutzung an sich zu diskreditieren ist hier kontraproduktiv.

Wahlprogramm der Partei **DIE LINKE** in Rheinland-Pfalz (*nicht im Landtag vertreten*)

Verkehrswende und Umweltpolitik

Als Teilursache für den schlechten Zustand des Straßennetzes in Rheinland-Pfalz identifiziert die Linke die massive Belastung der Straßen durch den schweren Güterverkehr. Sie setzen sich für eine weitere **Verlagerung des Güterverkehrs** auf die Wasser- und Schienenwege und für das Reaktivieren **stillgelegter Bahnstrecken** ein. So sei der erneute Anschluss vieler Betriebe an die Bahn eine vordringliche Aufgabe und der generelle **Ausbau des Schienenverkehrs** notwendig. Die Partei tritt dafür ein, Anreize zu schaffen, um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. So soll der LKW-Verkehr auf den Straßen teurer werden (vgl. S.23). Eine Ausweitung der **LKW-Maut** wäre beispielsweise eine Option für die Partei (vgl. S.28). Außerdem sollen die neuen Bahnstrecken **elektrifiziert** geplant und alle anderen bis 2025 umgerüstet werden (vgl. S.25).

Soziale Umweltpolitik

Die Partei tritt für die Anerkennung des Klimanotstandes ein und erkennt die Land- und Forstwirtschaft als wichtiges Mittel für den Erhalt der Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz an. Dabei erachtet sie die **Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe** und dezentraler Produktion und Vermarktung der Erzeugnisse als wichtig. Des Weiteren setzt sie sich dafür ein, dass eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung des Waldes **ohne Personalabbau** in den Forstbehörden vonstatten gehen muss. Außerdem sollen **bodenschonende An- und Abbaumethoden** angewandt werden. Eine **Begrenzung** des weiteren **Flächenverbrauchs** erachtet die Partei in Hinblick auf eine intakte Umwelt für kommende Generationen als sinnvoll (vgl. S.31f.).

Die Bewirtschaftung der Wälder im Einklang

Die Linke setzt sich für eine **naturnahe, artenreiche** und **nachhaltige** Bewirtschaftung der heimischen Wälder ein. Ein konsequenter Waldumbau ist mit Blick auf den Klimawandel laut Partei unbedingt notwendig. Dabei sollen die Wälder aus der **Profitlogik des Marktes** herausgenommen werden. Die Schutz- und Erholungsfunktion wird hierbei besonders betont. „Hierzu gehören für uns [die Linke] im Gegensatz zu monotonen Altersklassenwäldern die Orientierung an Wäldern unterschiedlicher standortgerechter Entwicklungsphasen und die Abkehr von Monokulturen.“ (S.32). Für die Partei ist ein Mindestmaß an stehendem und liegendem **Totholz** zum Zweck des Arten- und Bodenschutzes notwendig. Bei der Stärkung der Widerstandskraft der Wälder ist primär auf **natürliche Verjüngung** zu setzen. Um den **Waldboden** zu schützen, muss der Einsatz schwerer Forstmaschinen auf ein Minimum begrenzt und der Abstand zu den Rückegassen so breit wie möglich gehalten werden. Laut Partei sind Anforderungen an die gute fachliche Praxis der Forstwirtschaft hierfür zu überdenken und anzupassen (vgl. S.32).

Die Linke setzt sich für die Ausweisung größerer und von der Forstwirtschaft ausgenommenen **Naturwälder** ein. Der **Privatisierung** von Wäldern steht die Linke zu Gunsten von Unternehmen, Spekulanten und Großgrundbesitzern abneigend gegenüber. Eher sollten private und kommunale Waldbesitzer gestärkt werden. In diesem Zusammenhang sollen mehr **Anreize** für eine ökologische Bewirtschaftung geschaffen werden. Fördermöglichkeiten für Biotop-, Arten- und Klimaschutz sollten laut den Linken ausgebaut werden. Die Partei setzt sich für einen **CO₂-Bonus** für nachhaltige und klimafreundliche Waldbewirtschaftung ein (vgl. S.32).

Wildtiere identifiziert die Partei als Teil des Waldes, die durch eine ökologische Waldwirtschaft angemessen berücksichtigt werden müssen (ebd.).

Link zum Wahlprogramm: https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2020/LTW21_landtagswahlprogramm_vVOE_Gestaltet.pdf

Kommentar der AGR:

- Eine Stärkung des Schienenverkehrs unterstützt die AGR grundsätzlich, eine künstliche Verteuerung des LKW Verkehrs trifft aber Branchen hart, die auf das Medium LKW angewiesen sind. Dazu zählt die Holztransportbranche, da jeder Stamm aus dem Wald zunächst per LKW transportiert werden muss, selbst wenn er in einem zweiten Schritt auf die Schiene verladen wird. Eine differenziertes Konzept zur Stärkung der Infrastruktur und Erhöhung der Attraktivität des Schienentransports wäre hier zielführender.
- Der kapitalismuskritische Ansatz zur Waldbewirtschaftung ist fragwürdig. Marktwirtschaftliche Prinzipien haben sich im Zusammenspiel mit behutsamen Eingriffen des Staates als Leitbilder für ein funktionierendes starkes ökonomisches System im Zusammenspiel von Forstwirtschaft und Holzwirtschaft aus Sicht der AGR bewährt.
- Die Begrenzung des Einsatzes von Forstmaschinen und höhere Abstände von Rückegassen lehnt die AGR speziell in Hinblick auf den Arbeitsschutz und die hohe Verletzungsgefahr bei verstärktem Verzicht auf entsprechende Geräte kategorisch ab. Die gute fachliche Praxis hat sich in diesem Fall bewährt.
- Der AGR ist nicht bekannt, dass in jüngster Zeit im großen Stil Waldgebiete der öffentlichen Hand in Rheinland-Pfalz von Spekulanten aufgekauft wurden.
- Die Ausweisung von zusätzlichen unbewirtschafteten „Naturwäldern“ lehnt die AGR als unbegründet ab (sie wird auch hier nicht begründet).